Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JW/AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Flüchtlingspolitik
2. Hilfsorganisationen kritisieren Etikettenschwindel
3. Appell fordert »radikales politisches Umsteuern«
4. Unverschämtes Angebot der Arbeitgeber für die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst
5. Deutscher Arbeitsmarkt einer der dynamischsten in Europa
6. Frühjahrsgutachten: Ökonomen fordern mehr Investitionen in Bildung
7. Bundesregierung betreibt Arbeitsverweigerung
8. MONITOR-Studie: „Rente für alle“ bringt höhere Renten bei niedrigeren Beiträgen
9. Niedrigzinsen: EZB-Kritiker sind selbst schuld
10. “Für Vermögende machen Banken alles”
11. Öffentliche Dienstleistungen können auch durch Konzernklagen unter Druck kommen
12. Unicef-Bericht: Große Ungleichheit beim Kindeswohl in Industriestaaten
13. Es fehlen Konzepte und Pädagogen
14. Parlamentswahl in Südkorea: Sieg der linken Opposition
15. Böhmermann

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Flüchtlingspolitik**
   a. **Vertrauliche EU-Dokumente belegen weitgehende Kooperationspläne mit ostafrikanischen Despoten in der Flüchtlingspolitik**
   Die Europäische Kommission und der Auswärtige Dienst der EU schlagen darin konkrete Kooperationen mit den Machthabern in Eritrea, Sudan, Äthiopien und Somalia vor. Man könne im Gegenzug für die Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik beispielsweise über Wirtschaftshilfen und Visaerleichterungen für Diplomaten nachdenken.
   In einer Sitzung der Botschafter der EU-Staaten vom 23. März wurden die Vorschläge besprochen, die laut vertraulichem Protokoll „unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen dürften“. Für Deutschland besteht

demnach offenbar dringender Handlungsbedarf gegenüber allen vier Ländern. Die „Lage im Rückführungsbereich“ sei „unbefriedigend“, heißt es in dem Protokoll.
Die vertraulichen Länderpapiere beinhalten eine Einschätzung der Menschenrechtssituation in den ostafrikanischen Ländern. Im Sitzungsprotokoll bezeichnet der Auswärtige Dienst der EU die humanitäre Situation in Äthiopien als „katastrophal“. Nichtsdestotrotz kann sich die EU hier eine stärkere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden vorstellen, z.B. durch einen „verbesserten Informationsaustausch mit der Polizei“, wie es in dem Länderbericht heißt.
Quelle: Monitor

Hinweis: *Die Monitor Beiträge “Schmutzige Deals – Nach der Türkei jetzt Libyen” sowie “Flüchtlingsdeals mit ostafrikanischen Machthabern?” sind hier abrufbar.*

b. **Prekäre Zustände, Inhaftierung, Abschiebung: Wie unsicher die Türkei für Flüchtlinge ist**
EU-Ratspräsident Donald Tusk gab gestern zu Protokoll, dass der EU-Türkei-Deal „keine hundertprozentig ideale Lösung“ sei. Angesichts der Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen ist dieses Eingeständnis allerdings noch eine ziemliche Untertreibung: Anfang April wurden die ersten Flüchtlinge in Folge der Vereinbarungen aus Griechenland in die Türkei abgeschoben. Unter ihnen waren auch 13 Afghanen und Kongolesen, die in Griechenland Asyl beantragen wollten – deren Bitte um Asyl von den Behörden aber „vergessen“ wurde. Die Informationen, was danach mit ihnen geschehen ist, sind spärlich. Das liegt am Behördenchaos in Griechenland ebenso wie daran, dass beispielsweise das türkische UNHCR keinen Zugang zu den Abgeschobenen erhält. Auch eine Namensliste der 13 Personen, die trotz Asylersuchen abgeschoben wurden, bleibt Menschenrechtsorganisationen verwehrt.
Bilder aus einer Turnhalle mutmaßlich im türkischen Dikili zeigen, unter welchen Umständen die Menschen direkt nach ihrer Abschiebung untergebracht wurden. Zu befürchten ist, dass viele der Betroffenen nun in der Türkei weiter inhaftiert und anschließend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Mitglieder der türkischen Regierung, unter anderem der Innenminister Efka Ala und der Europaminister Volkan Bozkir haben bereits Abschiebungen von nicht-syrischen Flüchtlingen angekündigt.
Quelle: Pro Asyl

c. **Mit Ein-Euro-Jobs sollen Flüchtlinge schneller zu Arbeit kommen**
Die Koalition will Flüchtlingen mit einem längst in Vergessenheit geratenen Instrument zu Arbeit verhelfen. Kann das klappen? Und was genau sollen die Flüchtlinge dann arbeiten?
Zur besseren Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt haben die Spitzen der Koalitionsparteien ein fast schon in Vergessenheit geratenes Instrument wiederbelebt: In der Nacht zum Donnerstag einigten sich die drei Parteiführer darauf, rund 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber zu schaffen.
Besser bekannt unter dem Namen Ein-Euro-Jobs, waren diese Tätigkeiten ein fester Bestandteil der Hartz-Reformen vor mehr als zehn Jahren. Neu am Koalitions-Beschluss ist vor allem, dass auch Asylbewerber schon in Arbeitsgelegenheiten beschäftigt werden dürfen während sie auf den Entscheid ihres Antrages warten. Bislang durften sie erst in den Genuss staatlicher Arbeitsmarktpolitik kommen, wenn sie anerkannt waren.
Quelle: Frankfurter Allgemeine

Anmerkung Christian Reimann: *Die Spitzen dieser Koalitionsparteien forcieren so den Niedriglohnsektor. Mit einem Instrument (Ein-Euro-Jobs), das bereits bei der hiesigen Bevölkerung versagt hat. Und nun sollen diese Ein-Euro-Jobs ausgerechnet Flüchtlingen zur Arbeit verhelfen? Früher war "Plumpaquatsch" eine Kindersendung. Was diese Bundesregierung hier – aber nicht lediglich in diesem Fall – betreibt, ist plumper Quatsch.*

d. **Nach dem Ende der Geschichte: Geopolitik, Migration und die Krise der Demokratie**
Die aktuelle „Flüchtlingsdebatte", die nun seit knapp einem Jahr die Nachrichten und wesentliche Teile des öffentlichen bzw. politischen Diskurses dominiert, „Überfremdungsängste" provoziert und aus verschiedenen politischen Richtungen instrumentalisiert wird, gründet sich auf der wachsenden Zahl von Asylbewerber_innen, die in Deutschland ankommen. „Anlass zur Sorge" sei, so Innenminister de Maizière bei der Vorstellung des Migrationsberichts 2015 im Januar 2016, dass im vergangenen Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge in Deutschland angekommen seien – mehr als je zuvor. Zugleich relativierte der Innenminister diese Zahl der Erstregistrierungen nach dem EASY-Verfahren, da es auch einzelne Menschen mehrfach erfasst haben könnte und viele, die bereits in ein anderes Land weitergezogen sind. Letztlich bildet diese Zahl also vielmehr ein administratives Verfahren der elektronischen Datenverarbeitung ab, das sich

in Abhängigkeit vom tatsächlichen Migrationsgeschehen noch dazu ändert. Transitreisende, die Deutschland passieren, um in einem anderen Land Asyl zu beantragen, werden etwa mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit erfasst, wenn sie mit Sonderzügen fahren, als wenn sie reguläre innereuropäische Zügen nutzen, die lange nur stichprobenartig kontrolliert wurden.
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

2. **Hilfsorganisationen kritisieren Etikettenschwindel**
0,52 Prozent, ein Rekordwert: Diesen Anteil vom Bruttonationaleinkommen hat Deutschland 2015 für Zwecke ausgegeben, die von der OECD als Entwicklungshilfe gewertet werden – dazu zählen auch Flüchtlingsausgaben im Inland. Bei Hilfsorganisatioen stößt das auf Kritik. Die Quote werde künstlich aufgebauscht.
Die Ausgaben für Flüchtlinge haben die Entwicklungshilfe der Bundesregierung deutlich ansteigen lassen. Deutschland zahlte nach OECD-Angaben im vergangenen Jahr 0,52 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit, etwa 16 Milliarden Euro. Das ist die bislang höchste Quote. Der Anstieg der Hilfe um 26 Prozent gegenüber 2014 geht nach den am Mittwoch veröffentlichten Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung allerdings vor allem auf die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden im Inland zurück.
Quelle: Migazin

dazu: **Zweifel an erhöhtem Etat für Entwicklungszusammenarbeit**
Die Höhe der deutschen ODA-Leistungen habe im vergangenen Jahr rund 16 Milliarden Euro betragen. Damit bleibe Deutschland der drittgrößte Geber von Entwicklungsleistungen nach den USA und Großbritannien. “Die deutsche ODA-Quote, das heißt, das Verhältnis der öffentlichen Entwicklungsleistungen zum Bruttonationaleinkommen, stieg auf 0,52 Prozent. Im Jahr 2014 waren es noch 0,42 Prozent”, betont das Entwicklungsministerium.
Nach Ansicht von Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) steht Deutschland “mit der Flüchtlingskrise vor einer historischen Herausforderung”, der die Bundesregierung mit einer “erheblichen Steigerung des Haushalts des Entwicklungsministeriums” Rechnung trage. “Höhere Flüchtlingskosten in Deutschland sind dabei keine Konkurrenz für unser Ziel, den Flüchtlingen in der Krisenregion rund um Syrien zu helfen und eine langfristige Perspektive zu geben: Mit Schulunterricht, Ausbildung, Arbeit”, so Müller weiter. Fachorganisationen stellen dieses Selbstlob jedoch in Frage.
Quelle: Telepolis

3. **Appell fordert »radikales politisches Umsteuern«**
In einem gemeinsamen »Appell zum Umsteuern« rufen Gewerkschafter, Intellektuelle

und Politiker aus SPD, Linkspartei und Grünen zu einem »radikalen« Kurswechsel hin zu einem solidarischen, demokratischen und sozialen Europa auf. »Aus dem Flüchtlingsdrama ist eine politische Zerreißprobe geworden«, heißt es in dem Papier, das davor warnt, dass Europa »zwischen nationalistischen Egoismen und menschenfeindlicher Abschottungspolitik zerrieben« wird. Auch die Bundesregierung stehe »vor einer gigantischen Herausforderung«. Diese könne nur gelöst werden, wenn »ein zukunftsfähiges, gerechtes und starkes Gemeinwesen« wieder aufgebaut werde. »Da aber die für ein solches Umdenken und Umsteuern notwendige Konsequenz bisher fehlt, entsteht ein Klima, in dem Sorgen in Ängste verwandelt werden.« Dies stärke auch »rückwärtsgewandte, fremdenfeindliche, völkische und rechtsnationalistische Parteien« in Deutschland wie in Europa.
Quelle: Neues Deutschland

4. **Unverschämtes Angebot der Arbeitgeber für die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst**
   Michael Schlecht, MdB und wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE im Bundestag, weist auf ein unverschämtes Angebot der Arbeitgeber für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst hin. Ganze 0,6 Prozent Einkommenssteigerung sollen die Beschäftigten für 2016 erhalten. Auch 2017 soll es nur 1,2 Prozent Zuwachs geben. Trotz Haushaltsüberschüssen von 30 Milliarden Euro, so Michael Schlecht, wird den Beschäftigten in diesem Jahr ein Reallohnverlust zugemutet.
   Michael Schlecht informiert darüber, dass DIE LINKE eine aktuelle Stunde im Bundestag zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst durchgesetzt hat. Diese wird am kommenden Freitag (15.April) von 13:55 Uhr bis 15:10 Uhr stattfinden.
   Die Debatte kann im Livestream auf www.bundestag.de verfolgt oder später in der Mediathek angeschaut werden.
   Quelle: flassbeck-economics
5. **Deutscher Arbeitsmarkt einer der dynamischsten in Europa**
   Der deutsche Arbeitsmarkt gehört einer Studie zufolge zu den dynamischsten und robustesten in Europa. Eine höhere Dynamik gebe es nur in den skandinavischen Ländern sowie Estland und Lettland, heißt es in der Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Als besonders unflexibel gelten Frankreich, Italien, Spanien und Polen. Für die Studie wurden Beschäftigungspolitik und berufliche Mobilität in 23 EU-Staaten miteinander verglichen.
   Quelle 1: Deutschlandfunk
   Quelle 2: Bertelsmann Stiftung

dazu: **Jobcenter „gemeinsame Einrichtungen“: „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ – 2012 bis März 2016**
Im Haushaltsjahr 2015 wurden von den 303 Jobcentern gE („gemeinsame Einrichtungen“) insgesamt 2,156 Milliarden Euro für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ (Hartz IV) ausgegeben. (Tabelle 1) Bei durchschnittlich 3,285 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (nur Jobcenter gE) (Tabelle 2) wurden im Haushaltsjahr 2015 durchschnittlich 656,21 Euro pro erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (pro Jahr) für “SGB II-Eingliederungsleistungen” ausgeben, von 833,85 Euro in Berlin bis 439,28 Euro in Bayern. (Tabelle 3) Wie stellt sich dies in den 12-Monatszeiträumen von 2012 bis zum bisher letzten 12-Monatszeitraum von April 2015 bis März 2016 im Bund und in den einzelnen Ländern (immer nur Jobcenter gE) dar? Siehe dazu die BIAJ-Materialien vom 14. April 2016.
Quelle: BIAJ

6. **Frühjahrsgutachten: Ökonomen fordern mehr Investitionen in Bildung**
   Die führenden Forschungsinstitute bescheinigen der deutschen Wirtschaft stabiles Wachstum. Dennoch solle die Regierung mehr in Bildung investieren – und Arbeitnehmer bei Steuern und Abgaben entlasten.
   Die deutsche Wirtschaft bleibt auf einem stabilen Wachstumskurs, der Arbeitsmarkt dürfte weiter boomen und die Kauflaune der Verbraucher noch steigen. Dieses positive Bild zeichnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten für die Bundesregierung. Dennoch mahnen die Forscher zu einer nachhaltigeren und an Wachstum orientierten Wirtschaftspolitik. Insbesondere müsse mehr in Bildung investiert werden, von Kitas bis zu Universitäten.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung unseres Leser J.A.: *Gut und richtig finde ich die Forderung nach höheren Investitionen in Bildung. Richtig finde ich auch die Forderung nach höheren staatlichen Investitionen. Gleichzeitig frage ich mich ernsthaft, wie diese “Forscher” die Grundschule erfolgreich absolviert haben können. Sie fordern eine Senkung von Steuern auf Arbeit – berechtigt. Es fehlt aber ein Vorschlag, wie stattdessen Steuereinnahmen generiert werden sollen. Wie sollen dann die höheren Investitionen in Bildung und Infrastruktur bezahlt werden? Von höheren Unternehmensteuern oder Vermögensteuern ist nichts zu lesen.*

7. **Bundesregierung betreibt Arbeitsverweigerung**
   “Die Bundesregierung betreibt Arbeitsverweigerung: Die Neuregelung der Erbschaftsteuer fällt abermals aus, da es keine Einigung in der großen Koalition gibt. Unternehmen bleiben bei der Erbschaftsteuer gegenüber Privatpersonen

bessergestellt. Der Fiskus verschenkt Einnahmen und zwingt daher die Bevölkerung, auf Dienstleistungen wie gute Kitas und Schulen zu verzichten", erklärt Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Koalitionsgipfel. Ernst weiter: "Auch bei der Leiharbeit und den Werkverträgen ist die Kuh nicht vom Eis. Tausende von Leih- und Werkvertragsarbeitenden sind im Zweiklassensystem am Arbeitsmarkt gefangen. Der vorliegende Referentenentwurf von Ministerin Nahles wird diesen Missstand nicht aufheben. Auch nach dem Koalitionsgipfel hat sie keine Zusage von der CSU. Das Thema Vermeidung von Altersarmut wurde ebenfalls vertagt. Die Rente soll ein großes Thema sein, aber Vorschläge zur Lösung des Problems gibt es nicht. Die Regierung trägt ihre Unfähigkeit auf dem Rücken der Bevölkerung aus, die einen hohen Preis zahlt für die Blockadepolitik aus Bayern."
Quelle: Linksfraktion im Bundestag

8. **MONITOR-Studie: „Rente für alle" bringt höhere Renten bei niedrigeren Beiträgen**
Wenn alle Deutschen, also auch Selbständige und Beamte, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, kann das Rentenniveau erhöht und gleichzeitig der Anstieg der Beiträge über einen langen Zeitraum gebremst werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Langfristprojektion der Ruhr-Universität Bochum für MONITOR. „Die Ergebnisse der Berechnung sind erstaunlich", so der Wirtschaftsweise Prof. Peter Bofinger.
Quelle: Monitor

dazu: **Gesetzliche Rentenversicherung für alle?**
Würden alle Deutschen, also auch Selbständige und Beamte, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, könnte das Rentenniveau erhöht und gleichzeitig der Anstieg der Beiträge über einen langen Zeitraum gebremst werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Langfristprojektion von Prof. Martin Werding von der Ruhr-Universität Bochum für MONITOR. Auch bei einer Anhebung des Netto-Rentenniveau vor Steuern auf 52,6 Prozent bis zum Jahr 2025, also auf das Niveau vor der Rentenreform 2001, bliebe der Anstieg der Beiträge demnach deutlich unterhalb dessen, was im aktuellen System zu erwarten wäre.
Denn im aktuellen System wird nach der Langfristprojektion von Prof. Martin Werding das Niveau der Renten in Deutschland sinken und der Beitragssatz steigen müssen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 in Rente gehen. Selbst bei höherer Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt reichten die bisherigen Rentenreformen nicht aus, um das Rentensystem zu stabilisieren.
Die beste Möglichkeit, die Renten zu sichern, wäre demnach eine Versicherungspflicht

auch für Beamte und Selbstständige. Denn würden auch diese Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, könnten ein sinkendes Rentenniveau und steigende Beitragssätze verhindert werden.
Jahrelang galten private, kapitalgedeckte Vorsorgemodelle – etwa die "Riester-Rente" – als einzig wirksame Instrumente, um Altersarmut in Deutschland zu verhindern. Die hohen Erwartungen an ihre Leistungsfähigkeit haben sich bislang allerdings nicht erfüllt.
Bis 2036 würden die Beiträge trotz des höheren Rentenniveaus zum Beispiel auf 22,8 Prozent steigen. So viel, wie die Deutschen auch jetzt schon in ihre Altersvorsorge stecken, wenn sie – wie von der Politik gefordert – vier Prozent ihres Einkommens in eine Riester-Rente stecken.
Quelle: Monitor

dazu auch: **Eine Bürgerversicherung für alle**
Die Altersarmut in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten deutlich steigen. Für alte Menschen ist Armut vor allem deshalb entwürdigend, weil ihre Lebensleistung nicht honoriert wird. Daher ist Armut im Alter häufig mit Resignation verbunden, mit Depression und sozialer Isolation. Meist können die Betroffenen ihre Situation nicht mehr durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ändern und es fehlt ihnen das Geld, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
Dass die Altersarmut zunimmt, ist aber weder ein sozialpolitischer Betriebsunfall noch ein unsozialer Kollateralschaden der Globalisierung oder des demografischen Wandels. Vielmehr wurde der Arbeitsmarkt über die Maßen dereguliert und der Sozialstaat demontiert, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung. Zwei Beispiele:
Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Millionen Menschen wurden unter anderem durch die Agenda 2010 prekarisiert. Fast 25 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten mittlerweile im Niedriglohnsektor, ein Garant für spätere Altersarmut. Durch die (Teil-)Privatisierung der gesetzlichen Rente wurde die kapitalgedeckte Vorsorge (Riester-Rente) zur "dritten Säule" aufgebaut. Die rot-grüne Koalition unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder verabschiedete sich damit von dem Ziel, mit der Altersrente den Lebensstandard zu sichern. Gleichzeitig wurde die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgegeben.
Quelle: Christoph Butterwegge auf Zeit Online

9. **Niedrigzinsen: EZB-Kritiker sind selbst schuld**
   Früher war die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) ein heiliger Grundsatz für Konservative. Jetzt zeigt sich: Dieser Grundsatz gilt nur, solange er gegen fortschrittliche Forderungen vorgebracht werden kann – gegen den Ruf nach

einer beschäftigungsorientierten Geldpolitik etwa. Sobald die EZB aber selbst den konservativen Kurs verlässt, ignorieren deutsche Politiker gerne deren Unabhängigkeit: Nicht nur Hinterbänkler aus den Reihen von CDU und CSU wettern seit Wochen gegen die expansive Geldpolitik und wollen den „Druck auf die EZB“ erhöhen. Selbst Bundesfinanzminister Schäuble wirbt lautstark für eine weltweite Erhöhung der Leitzinsen und macht die EZB sogar für das Erstarken des Rechtspopulismus verantwortlich. Unterstützt von der Banken-Lobby macht sich die Union stark gegen eine angebliche „Enteignung der Sparer“.
Dabei sind diese konservativen EZB-Kritiker selbst schuld an den Niedrigzinsen. Die Politik der EZB ist nichts anderes als der – zunehmend verzweifelte – Versuch, die Fehler von Regierungen und EU-Kommission auszubügeln und die Eurozone trotz falscher Politik am Leben zu halten.

Quelle: DGB

10. **“Für Vermögende machen Banken alles”**
Eine Briefkastenfirma eröffnen? Das ist heute kinderleicht, mit ein paar Klicks zu erledigen, nicht komplizierter als das Einkaufen auf einer Online-Plattform. Diese Erfahrung hat der ARD-Reporter Christoph Lütgert gemacht. Für eine Fernsehreportage hat er in Panama eine Offshore-Firma gegründet. 3000 Euro hat ihn das gekostet, nach nur vier Tagen hatte er sein eigenes Scheinunternehmen.
Vor einigen Jahren hätte er sich womöglich an den Steuerberater Josef Müller gewandt, der damals Honorarkonsul von Panama war. Vor allem die Münchner Schickeria vertraute ihm ihr Geld an. Doch Müller hielt nicht, was er seinen Kunden versprach, zweigte große Summen für sich selbst ab. Um insgesamt mehr als sieben Millionen Euro hat er seine Anleger geprellt.
Im Gefängnis wurde der Millionenbetrüger geläutert, fand zu Gott. In Sandra Maischbergers Talkshow sagt er: “Die Gier frisst das Hirn.” Dass diese Gier jemals gezügelt werden könnte, daran glaubt er nicht. “Das Kapital findet immer Schlupflöcher”, ist Müller überzeugt.
Quelle: Welt Online

dazu: **Steuertransparenz für Konzerne geht anders**
Mit ihrem gestern präsentierten Vorschlag für mehr Steuertransparenz von Unternehmen hat die EU-Kommission die Chance verpasst, Konzern-Steuertricks einen Riegel vorzuschieben. “Transparenz geht anders. Der Entwurf der EU-Kommission ist löchriger als Schweizer Käse”, stellt Attac-Steuerexperte Detlev von Larcher fest.

Wir fordern bereits seit Jahren eine länderbezogene Berichterstattung für Großunternehmen (Country by Country Reporting): Unternehmen sollen vollständig offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Umsatz und Gewinn gemacht und wo sie wie viel Steuern gezahlt haben. Eine solche umfassende Berichtspflicht wäre ein großer Fortschritt in Richtung Steuertransparenz.
"Es ist bitter zu sehen, wie die EU-Kommission ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung verwässert", sagte Karl-Martin Hentschel, ebenfalls Steuerfachmann von Attac. "Wenn Konzerne nicht über ihre Aktivitäten in der größten Steueroase der Welt, dem US-Staat Delaware, berichten müssen, dann sagt das alles."
Quelle: attac

11. **Öffentliche Dienstleistungen können auch durch Konzernklagen unter Druck kommen**
Die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen wird seitens der Europäischen Kommission seit Jahren mit Engagement verfolgt. Mit dem Abschluss von EU-Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA kann der politische Handlungsspielraum zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsversorgung erheblich beeinflusst werden. Damit geraten öffentliche Dienstleistungen noch stärker unter Druck. […]
Das Investitionskapitel in den in Verhandlung stehenden europäischen Freihandelsabkommen mit USA (TTIP), Kanada (CETA) (ist bereits ausverhandelt!), Singapur, Japan & Co gibt ausländischen Konzernen bei ihren Investitionen, Beteiligungen aber auch vertraglichen Vereinbarungen wie Dienstleistungskonzessionen das Recht bei behaupteter Verletzung von privilegierten Investitionsschutzstandards den Staat unmittelbar zu verklagen. Welche Auswirkungen dies konkret haben kann, sollen die folgenden Beispiele aus dem Bereich Wasserversorgung demonstrieren…
Quelle: blog.arbeit-wirtschaft.at
12. **Unicef-Bericht: Große Ungleichheit beim Kindeswohl in Industriestaaten**
Unicef verglich in einer Studie für die Industrieländer die Situation der untersten zehn Prozent der Kinder mit denen aus der Mitte der Gesellschaft. Vor allem beim Haushaltseinkommen hat sich die Lücke von 2008 bis 2013 oft noch weiter vergrößert. Deutschland steht bei Gesundheit und Einkommen relativ gut da, schlechter sieht es bei Bildung und Lebenszufriedenheit aus.
Benachteiligte Kinder bleiben in den reichen Industriestaaten oft deutlich hinter ihren Altersgenossen zurück. Es gebe nur wenige Fortschritte dabei, die Kluft zwischen den untersten zehn Prozent der Kinder und denen aus der Mitte der Gesellschaft zu

schließen, heißt es in einem neuen Unicef-Bericht.
So habe sich die Lücke beim verfügbaren Haushaltseinkommen von 2008 bis 2013 in mehr als der Hälfte der Industriestaaten noch weiter vergrößert. Auch bei Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit sind die Unterschiede weiterhin deutlich. "Ungleichheiten überlappen und verstärken sich gegenseitig", warnt das UN-Kinderhilfswerk. Und: "Soziale und wirtschaftliche Nachteile zu Beginn des Lebens erhöhen das Risiko niedrigen Einkommens, niedrigerer Gesundheitsstandards und geringerer Fähigkeiten im Erwachsenenleben."
Quelle: Süddeutsche

dazu: **Absurde Hartz-IV-Reform trifft Trennungskinder**
Eigentlich sollten die Hartz-IV-Reformen vor allem ein Ziel haben: Bürokratie abzubauen und den Jobcentern die Arbeit zu erleichtern. Doch im Kleingedruckten birgt das Gesetz zur "Rechtsvereinfachung SGBII" aus dem Hause von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) Sprengstoff, der den Streit um Geld und Umgangsrecht zwischen getrennt lebenden Eltern noch zusätzlich anheizen dürfte. Künftig nämlich soll Alleinerziehenden, die Hartz IV beziehen, für jeden Tag, den das Kind beim anderen Elternteil verbringt, das Sozialgeld für die Kinder gestrichen werden. Das sind neun Euro für Sechs- bis 14-Jährige und 10,20 Euro für 14- bis 18-Jährige. Diesen Betrag kann dann der andere Elternteil für sich reklamieren.
Quelle: Die Welt

13. **Es fehlen Konzepte und Pädagogen**
Viele Schulen in Deutschland sind Ganztagsschulen, doch häufig können die Schulen die pädagogischen Ansprüche – vor allem in der Nachmittagsbetreuung – nicht erfüllen. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Pädagogische Forschung "Die Botschaft ist ganz klar: Gerade Ganztagsschulen und deren Angebote können dazu beitragen, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in diesem psycho-sozialen Bereich zu unterstützen. Also die Motivation, das Selbstbewusstsein, das Selbstkonzept, das soziale Lernen."
Eckard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung skizziert das wichtigste Ergebnis der Studie, an der außer seinem Institut, das Deutsche Jugendinstitut, das Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund sowie die Justus-Liebig Universität Gießen mitgewirkt haben. Untersucht wurden Qualität, Nutzung und Wirksamkeit von Ganztagsangeboten. Insbesondere fokussierten sich die Wissenschaftler auf Leseförderung und soziales Lernen. Dabei kamen sie außerdem zu dem Ergebnis, dass die Persönlichkeitsentwicklung durch die Ganztagsschule nur positiv beeinflusst werden

kann, wenn die pädagogische Qualität der Angebote stimmt. […]
"Es mangelt auch nach wie vor, gerade in den Großstädten an der räumlichen Ausstattung während es in den ländlichen Gebieten eher ein Problem zu sein scheint, das richtige Personal zu bekommen und die Kooperationspartner stehen nicht immer zur Verfügung, die man gerne hätte." Den meisten Ganztagsschulen fehlt das Konzept, so das Fazit der neuen Studie.
Quelle: Deutschlandfunk

14. **Parlamentswahl in Südkorea: Sieg der linken Opposition**
Die Niederlage ihrer Partei macht die Präsidentin in ihrer verbleibenden Amtszeit zur lahmen Ente. Die Mehrheit im Parlament ist weg. Die Südkoreaner haben ihre Regierung bei den Parlamentswahlen am Mittwoch mit einer überraschenden Niederlage abgestraft: Die konservative Saenuri-Partei von Präsidentin Park Geun-hye verliert 35 Sitze und stellt künftig nur noch 122 der 300 Abgeordneten. Damit verliert die Partei nach 16 Jahren erstmals ihre Parlamentsmehrheit. Saenuri-Chef Kim Moo-sung gab bereits seinen Rücktritt bekannt. Er wolle „das strenge Urteil der Wähler in Demut akzeptieren", erklärte er. Die größte Oppositionsfraktion, die linksgerichtete Minjoo-Partei, kommt auf 123 Abgeordnete. Sie erhöht damit ihre Chancen, bei der Wahl im Dezember 2017 den nächsten Präsidenten zu stellen.
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Anscheinend gibt es weltweit (immerhin in den Industrienationen!) krasse soziale Ungerechtigkeit, hohe Arbeitslosigkeit und Prekarität unter der Jugend. Die Südkoreaner setzen sich zur Wehr und wählen links; in Deutschland wird das wohl nie passieren.*

15. **Böhmermann**
    a. **Erdogan versus Böhmermann und die Folgen: Wann kommt das Ministerium für Satire und Kabarett?**
    Wer hätte das für möglich gehalten? Die Bundesregierung behandelt die „Böhmermann-Krise" mit derselben, staatstragenden Ernsthaftigkeit und mit einem scheinbar ähnlich hohen Zeitaufwand wie die Flüchtlingskrise – und die Sache nimmt gar kein Ende mehr!
    Merkt es eigentlich niemand in der Bundesregierung: Sie selbst macht damit alles noch schlimmer. Sie hat auf diese Weise den Ausrutscher eines Moderaters XY über die Grenze des guten Geschmacks auf das Niveau einer Regierungsangelegenheit von höchster Wichtigkeit befördert. Wer sich den Schuh anzieht, dem passt er, kann man dazu nur sagen. […]
    Die Bundesregierung hat sich nicht nur ein dickes Eigentor geschossen. Sie sorgt

in der Sache Erdogan versus Böhmermann auch gleich selbst für die politische Satire. Es fehlte nur noch die Schaffung eines eigenen Ministeriums für Satire und Kabarett.
Quelle: Querschuesse

dazu: **ZDF-Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft Mainz**
Das ZDF hat heute von der durch die Staatsanwaltschaft Mainz eingeräumten Möglichkeit einer Stellungnahme in dem Ermittlungsverfahren gegen Jan Böhmermann Gebrauch gemacht. Die Stellungnahme stützt sich auf eine Expertise der Kanzlei Redeker Sellner Dahs. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass die in Rede stehende Sequenz einschließlich des so genannten "Schmähgedichts" rechtlich zulässig war und daher die Grenzen zur Strafbarkeit nicht überschritten worden sind.
Quelle: ZDF

b. **Fall Böhmermann: „Washington Post" spottet über Merkels Haltung**
Die Majestätsbeleidigung im deutschen Gesetz sei anachronistisch, spottet die „Washington Post" über den Fall Böhmermann. „Merkels Geschwafel", schreibt die Zeitung, ermutige dazu, kritische Äußerungen zu unterdrücken.Internationale Medien greifen den Fall Böhmermann auf. Die „New York Times" hat berichtet und sich verwundert über den Streit gezeigt. Die „Washington Post" übt in einem Leitartikel scharfe Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkels Haltung im Fall Böhmermann. „Der ganze Fall sollte nichts als schallendes Gelächter über den Größenwahn Erdogans (des türkischen Präsidenten) auslösen. Es ist alarmierend, dass Merkel zumindest vorgibt, das Ganze ernst zu nehmen", schrieben die Herausgeber am Donnerstag in einem Editorial.
Quelle: FAZ
c. **Der Eventjournalismus und seine bedrohten Spielplätze**
Beim aktuellen Böhmermann-Hype sollte auch ein Journalismus kritisiert werden, dem es in erster Linie um Krawall und weniger um Inhalte geht […]
Jan Böhmermann ist da schon auf den richtigen Weg. Als typischer Vertreter des postmodernen Eventjournalismus weiß er sich in Szene zu setzen. Da muss ein mit rassistischen Stereotypen durchsetztes Gedicht herhalten und schon bekommt er Solidaritätsbriefe von Menschen, die seine Arbeit bisher als Gossenjournalismus bezeichnet hätten und selber vor Gericht klagen würden, wenn sie Gegenstand einer solchen Form von Schmähung würden. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Springer AG Matthias Döpfner ist dafür ein gutes

Beispiel. Die Welt veröffentlichte seinen Offenen Brief, der so beginnt:

> „Lieber Herr Böhmermann,wir kennen uns nicht, und ich habe leider auch bisher Ihre Sendungen nicht sehen können. Dennoch wende ich mich in einem offenen Brief an Sie, denn es ist aufschlussreich, welche Reaktionen Ihre Satire ausgelöst hat. Ein Kristallisations- und Wendepunkt.“

Deutlicher könnte man nicht zum Ausdruck bringen, um was es bei dem ganzen Hype um diesen Eventjournalismus geht. Man will politisch auf der richtigen Seite sein, wenn man sich jetzt mit Böhmermann solidarisiert, obwohl man mit ihm und seiner Arbeit bisher nichts zu tun haben wollte und sie auch politisch abgelehnt hat.
Quelle: Telepolis

d. **Yanis Varoufakis über Jan Böhmermann – vollständiges Statement**
“Er [Jan Böhmermann] hat mir sehr geschadet, als ich Finanzminister war. Aber ich muss sagen, dass ich die Qualität seiner Satire schätzte, sie war sehr geschmackvoll gehalten, trotz der Kosten für mich, und ich will verdammt sein, wenn ich zusehe, wie jemand wie er verfolgt wird von Leuten, die demokratische Grundfreiheiten ablehnen.”
Quelle: Yanis Varoufakis